

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Rieser
Rieser Nr. 20
Postfach Nr. 11

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Bauamtsamt Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1594
Groschauer
Rieser Nr. 11

Nr. 150.

Donnerstag, 30. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgaben und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabentages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik erstklassig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß über der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen können Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Das abgelaufene Provisorium.

Mit dem heutigen Tage läuft das fünfte deutsch-französische Handelsvertragsprovisorium ab. Leider bedeutet dieser Tag noch nicht das Ende der provisorischen Handelsvertragspolitik, die Deutschland wenig Vorteile gebracht hat, überhaupt, sondern sie kehren verhandelt man wieder in Paris um ein neues Provisorium.

Nur wenige Handelspartner haben Deutschland bisher so viel Schwierigkeiten und an seinen guten Willen und seine Geduld so große Ansprüche gestellt wie Frankreich. Nur der Tatsache, daß beide Länder einander als Absatzgebiete unbedingte Adria haben, hat die ewige Wiederholung von Handelsvertragsprovisorien möglich gemacht. Dabei hat Deutschland sich stets in der ungünstigen Lage befunden, denn der deutsch-französische Handelsverkehr war während der Zeit der Provisorien für Deutschland stets passiv, woraus hervorgeht, daß Deutschland für Frankreich ein unentbehrlicher Absatzmarkt ist. Man sollte meinen, daß Frankreich umso bereitwilliger einen endgültigen und dauernden Handelsvertrag mit Deutschland abschließen würde. Das war aber nicht der Fall. Frankreich verteilte sogar im Gegenteil alle deutschen Bemühungen, indem es stets wieder auf die unerledigte deutsche Zollfrage hinwies. Die Verabschiedung des französischen Zolltarifs ist von Frankreich stets abschließend hinausgeschoben worden, weil die französische Regierung sehr wohl wußte, daß die deutsch-französische Vertragsprovisorien viel vorteilhafter für Frankreich waren, als ein endgültiger Vertrag es sein konnte.

Nach jedem vorläufigen Vertragsabschluss ist bisher die deutsche Delegation von der Offenheit mit Recht scharf angegriffen worden, weil fast jedesmal die Interessen der deutschen Wirtschaft in Gefahr gebracht wurden. Das war bei dem ersten deutsch-französischen Handelsvertragsprovisorium so und das hat sich auch bei dem Abschluß des letzten Ergänzungsabkommens vom Herbst dieses Jahres nicht geändert. Man hat also ein Recht zu befürchten, daß auch das nach den Freieinrichtungen vorerwähnte neue deutsch-französische Provisorium die deutschen Wirtschaftsinteressen wieder ungenügend schützen wird. Dagegen muß schon deswegen besonders scharf Stellung genommen werden, weil es sich diesmal angeblich nicht um ein Provisorium von ein- bis zweimonatlicher Dauer, sondern um einen Jahresvertrag handelt. Nicht nur die bisherigen Handelsverträge haben gezeigt, daß Deutschland wirtschaftlich stets den Kürzeren gegenüber Frankreich gezogen hat, sondern auch in den privaten Wirtschaftsabkommen hat Deutschland stets sehr schlecht abgeschnitten. Das gilt in erster Linie für die Internationale Rohstoffgemeinschaft, in der Deutschland eine unverhältnismäßig niedrige Produktionsquote besitzt. Es war anlässlich der letzten deutsch-französischen Verhandlungen davon die Rede gewesen, daß ein Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen den Austritt Deutschlands aus dem Stahlkartell zur Folge haben würde. Die deutsche Regierung wollte sich damals, diese Meldung zu demontieren. Aus welchem Grunde, ist nicht ganz ersichtlich, denn ein Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen hätte doch zweifellos eine günstige Gelegenheit gegeben, wenn nicht aus dem Internationalen Stahlkartell auszutreten, so doch eine Reorganisation zu verlangen, die den Interessen der deutschen Industrie in höherem Umfange gerecht wird, als es bisher der Fall war. Nur dem Umstand, daß der Inlandsbedarf an Stahl ziemlich groß war, hat die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ihren einigermassen günstigen Geschäftsengang zu verdanken.

Es steht außer aller Frage, daß die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen einander stark beeinflussen. Der Verdacht, daß man bei den bisherigen Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich allenfalls Rücksicht auf die politischen Verhältnisse genommen hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Es fragt sich jedoch, ob nicht die ungeheure Methode zweckmäßiger gewesen wäre. Trotz allem deutschen Entgegenkommen in wirtschaftlicher Beziehung haben sich die politischen Verhältnisse im Laufe des letzten Jahres wenig günstig entwickelt. Wenn man von dem nicht unberechtigten Standpunkt ausieht, daß Deutschland für Frankreich ein notwendiger Handelspartner ist es als umgekehrt der Fall ist, so wäre es vielleicht möglich gewesen, die französische Politik gegenüber Deutschland vorteilhafter zu beeinflussen.

Im großen und ganzen bilden die ersten fünf Handelsabkommen der Nachkriegszeit zwischen Deutschland und Frankreich kein Ruhmesblatt für die Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Aussichten für die Zukunft sind ebenfalls ziemlich trübe, denn die neue französische Zolltarifvorlage zeigt klar und eindeutig, daß Frankreich sein altes System des Protektionismus weiter auszubauen beabsichtigt, und das zu einer Zeit, in der ganz Europa sich in internationalen Konjunktur- und Protektionismus absetzt und den Abbau der industriellen Zollschranken als Klein-Heilmittel gegen die wirtschaftliche Not proklamiert.

* Paris. (Zelunion.) Die deutsche und die französische Handelsdelegation haben gemeinsam folgendes Communiqué heraus:

Die vorläufigen Abkommen über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich sind am 30. Juni 1927 mitternacht ab. Trotz wiederholter Vorstellungen der französischen Regierung hat die deutsche Regierung bisher zu ihrem Bedauern mitteilen müssen, daß sie sich aus technischen Gründen außerhandeln gesehen hätte, der unveränderten Veränderung dieser Abkommen zugestimmt. Die beiden Delegationen haben aber in den heutigen Verhandlungen mit Befriedigung ihr gegenseitiges Einverständnis über die Verhandlungen über ein neues und besseres Abkommen erzielt.

Der Nobelpreisvortrag Stressemanns.

* Oslo, 29. Juni. Kurz vor 2 Uhr begab sich Reichsaussenminister Dr. Stressemann mit Gattin und Gesele zur Universität, wo er begrüßt von zahlreichem Publikum. In der Aula der Universität, wo Dr. Stressemann seine Nobelpreisrede hielt, hatte sich ein zahlreiches Auditorium mit dem König an der Spitze eingefunden.

Dr. Stressemann

Das zunächst seinem Dank für die Verleihung des Nobelpreises Ausdruck und sprach dann in etwa einstündiger Rede über folgende Gedankenkreise:

Diese Ansprache gilt nicht theoretischen Forderungen, sondern praktischer Politik. Die Bildung einer Einheit in Bezug auf die Politik der Länder, die ähnliche Wege gegangen sind, alle Deutschland, nicht einer einzelnen Persönlichkeit. Allerdings möchte ich das Wirken der einzelnen Persönlichkeit nicht unterschätzen, aber, wenn es sich um große Ideen handelt, braucht der einzelne die Unterstützung seiner Mitbürger. Gerade in Deutschland ist teilweise ein harter Kampf um die deutsche Außenpolitik geführt worden. Deshalb bin ich vielleicht am ehesten in der Lage, die Frage nach der Geistesverfassung des heutigen Deutschlands zu beantworten.

Das heutige Deutschland ist vielfach nach Keuchertigkeiten beurteilt worden. Der Gedanke des Stiefers des Nobelpreises Ausdruck war, den von ihm selbst mit genialem Erfindertum entworfenen Naturkräfte die händigende Macht des Menschengeistes entgegenzusetzen. Das die heutige Entwicklung des deutschen Volkes sich in solcher Richtung bewegt, erahnte ich daraus, daß die deutsche Verfassung und Friedenspolitik nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht einem tiefen Sehnen der deutschen Volkseele entsprochen hätte. Dabei kreuzen sich die Ideen des nationalen und des internationalen Zusammenwirkens. Man muß, wie Minister Herriot in Frankfurt kürzlich ausführte, national empfinden, um international wirken zu können. Dem deutschen Volke ist es nach dem militärischen Zusammenbruch nicht leicht gemacht worden, die nationale Idee in diesem Sinne zu vertreten und auf dem Wege zum Frieden mit führend zu sein. Der schwerste Verlust lag nicht nur in den verlorenen Gebieten, Kolonien und Vermögen, sondern darin, daß die Mittelmacht, die früher die wichtigste Trägerin des Staatsgedankens gewesen war, völlig verarmte und proletarisier wurde. Mit diesen arretierten und gehemmt, wandte sich die geistige Bewegung dieser Schichten in scharfer Kritik gegen ungerechtfertigte Anarisse von außen und besaß um so mehr die Erhaltung des Traditionellen im Innern.

Die Nachkriegszeit brachte für Deutschland weiter den Ankerkampf. Noch einmal brannte das Gefühl gegen die Vergewaltigung auf. Aber es begann zu differenzieren zwischen denen, die den Krieg wollten und denen, die keine rechtliche Basis schon damals für gegeben hielten.

Nieraus kam die Konferenz in London über den Dawesplan. Das verwundete Volk sah zum erstenmal seine Vertreter nicht als Objekt, sondern an einem Tisch mit den Vertretern einer feindlichen Nationen. Es nahm aus Herriot's Munde die Zustimmung der Räumung entgegen. Es kam Briand, der dieses Wort Herriot's einlöste. Es kam mit der deutschen Initiative das Memorandum vom 18. Februar 1925 die Eröffnung der Politik von Locarno. Es wäre eine Unwahrheit, zu sagen, daß diese Politik freudiger und herzlicher Zustimmung bezeugt wäre. Sie bezeugte Mißtrauen auf der Gegenseite, Mißachtung des Innern. Dann kam ein Wechsel zwischen Mißtrauen und Vertrauen, die Verhandlung über die Verträge. Dann kamen falsche Empfindlichkeiten, die noch einmal im März 1926 Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, bei dem Herr Briand in seiner Rede davon sprach, daß die Zeit der Kanonen vorbei sein müsse und in der er die Worte sprach, die über diesem Jahrhundert stehen sollten, daß die beiden großen Völker, Deutsche und Franzosen, so viel Vorbeeren wie im Krieg auf den Schlachtfeldern gegeneinander errungen hätten, ihre Zukunft nunmehr nur dem Wettbewerb um die großen Ideen dieser Menschheit widmen sollten. Der diese Stunden in Genuß mitleidet hat, der wird sie niemals vergessen. Die Zeiten, die seitdem gekommen sind, waren ein Auf und Ab. Sie zeugen gegenwärtig mehr eine Krise des Vertrauens in der ganzen Entwicklung des Friedens, als eine unumgängliche Bedrohung von allen Völkern der Erde und doch kann heute gesagt werden, daß in dem Willen nach Frieden und Verkündigung die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich einigt ist.

Wenn ein Volk, dessen Umgestaltung so gewaltig, wie die unsere ist, des Bewusstseins von rechts und links Herr geworden ist, so zeigt das zunächst dem Sieg des Geistes über das Imaginäre und über den Intuitionismus.

Im neuen Deutschland hat die Arbeiterklasse, gleichgültig, welche politische Vertretung sie hat, sich fest an das Recht und den Staat gebunden. Keine Änderungen der Parteikonstellationen können an dem Gesamtwillen, keine

Schicht des Volkes ausschließen, von der Mitarbeit und Verantwortung am Staate, irgend etwas ändern.

Die Herangehung derjenigen, die da glauben, im neuen Staat die neue Staatsform ablehnen zu müssen, Tagesereignisse und Tagespolitik Schwierigkeiten belebender Konstellation ändern nichts an der geschichtlichen Tatsache, daß alle Parteien heute am neuen Deutschland mitarbeiten. Denn schließlich liegt über alle Verschiedenheit der Anschauungen doch der Gedanke, daß alle Hände notwendig waren zum Aufbau, daß die Söhne und Enkel, die einst zurückblicken werden auf diese Zeit, der Palme der Anerkennung nur denen reichen werden, die in dieser Ehrenzeit nicht besteuht geblieben, sondern mit Hand anlegten, um das aufammengebaute Haus wieder aufzubauen. Gegenüber der Idee „altes oder neues Deutschland“ fand sich die Entschiede der Verbindung des alten mit dem neuen, diese Entschiede, die das heutige Volk verkörpert in der Persönlichkeit seines Reichspräsidenten.

Er war dem Manne gefolgt, der — hervorgegangen aus den Kreisen der alten grundsätzlichen Opposition — als erster Präsident des Deutschen Reiches mit großem Taft, mit politischer Weisheit und mit harter Vaterlandsliebe den Weg vom drohenden Chaos zur Konstitution, von der Konstitution zum Wiederaufbau ebnete hat. In dem vom Volke gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg liegt das deutsche Volk die Persönlichkeit, die, ausgewachsen in den Traditionen des alten Kaiserreiches, die Vorkämpfer gegenüber der jungen Republik in schwerster Zeit erfüllt. In seiner Persönlichkeit und in seinem Willen ist die Idee der Volksgemeinschaft verkörpert.

Mit dem Deutschland von heute hat nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft zu rechnen. Man hält diesem Deutschland vor, daß sich in ihm Hunderttausende zusammensuchen in Organisationen, die von Frontisidantentum sprechen, von Frontigkeit und ähnlichen Dingen. Aber sollte das psychologisch anders sein? Ist es nicht eine Freude für Herrn Briand, wenn diese Anciens Combattants ihn zu sich rufen. In einer Rede von den Anciens Combattants aus dem Orient hat Herr Briand gesagt, daß einer der glücklichsten Momente seines Lebens der gewesen sei, als er die Nachricht erhalten habe, daß Verbund von den Deutschen nicht erobert worden sei, und warum will man es einem Deutschen verdenken, daß er ebenso zu den glücklichsten Augenblicken seines Lebens die Stunde zählt, in der ihm Kunde ward von der Schlacht von Tannenberg, von der Bewahrung deutschen Bodens vor dem Ansturm der Geener?

Ich werde mich an Herrn Briand selbst, der von der Erinnerung sprach an die großen Taten der beiden Völker. Im Ringen gegeneinander, in den mächtigen Seiten der Vergangenheit. Ich bin sicher, daß gerade diejenigen, die an der Front des Weltkriegs erlebt haben in all seiner Größe und in all seinem Grauen die Träger einer neuen Zukunft des Friedens sein werden.

Die Einleitung der Politik von Locarno war ein Wendepunkt in der Entwicklung der europäischen Nachkriegszeit. Es ist irrtümlich zu glauben, daß die deutsche Öffentlichkeit die Politik von Locarno nur unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen für Deutschland allein ansieht. Locarno bedeutet vielmehr, einmal ist es der Zustand des dauernden Friedens am Rhein, gewährleistet durch feierlichen Vereinbarung und großen Nachbarnationen auf Anwendung von Gewalt, zum anderen durch die Verpflichtung anderer Mächte, demjenigen Hilfe zu leisten, der entgegen dieser feierlichen Vereinbarung das Opfer der Gewalt wird. Für diesen Gedanken steht heute die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ein. Mit diesem Gedanken wäre es nicht vereinbar, wenn auf dem Boden eines Landes, das als unterlegener Land der Revanche abspricht und dem Frieden sich widmet, auf Jahre hinaus der Druck von Bajonetten lasten sollte.

Die Politik von Locarno ist unvereinbar mit der Politik der Unterdrückung, mit der Politik der Gewalt, mit der Politik der Unterdrückung. Sie ist Politik der Verständigung, Politik des freien Willens, sie ist die Politik des Glaubens an eine neue Zukunft.

Herzliche ich direkt, dann ist es Ihr Volk gewesen, das in mehr als 100jährigem Frieden lebt, daß diese Idee mitkräftigen wollte durch die Entscheidung des Nobelpreiskomitees, daß den Männern von Locarno den Geist zuerkennen für ihr Streben.

Ich verblüde mit dem Dank für diese Ehrnung die Hoffnungen, daß die Ideen, die Ihrer Ehre angründe lagen, Gemeinnutz werden mögen der ringenden Nationen der Gegenwart. Auf das, wenn dieses Ziel erreicht wird, das Wort Wahrheit werden müde, daß der große Deutsche, der am meisten über die Völker hinauswirkte, einst gesprochen hat: „Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkel ins Delle strebt.“

Nach Beendigung seines Vortrages erntete der Reichsaussenminister anhaltenden körnlichen Beifall. Der König drückte Dr. Stressemann die Dank.

bisher abzuschießendes vorläufiges Handelsabkommen festgesetzt, daß sie vor dem 15. Juli 1927 abzuschließen und ihren beiderseitigen Parlamenten vorzulegen sollen. In dem Wunsch, in dem Warenverkehr zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet keine Störungen eintreten zu lassen, haben sie sich entschlossen, sobald wie irgend möglich eine Verlängerung der Saarabkommen vom 6. Aug. und 6. November 1926 vorzunehmen. Für den Fall, daß das in Verhandlung befindliche deutsch-französische Handelsabkommen nicht zum 31. Juni abgeschlossen sein sollte, wird Frankreich die Rückkehr erhalten, zu diesem aber an jedem

späteren Tage diese Abkommen zu kündigen, die dann am Ende des folgenden Monats außer Kraft treten sollen.

Von der Dreimächtekonferenz.

* Genf, 29. Juni. Der Außenminister und Justizminister des Freistaates Irland, O'Donoghue, Generalstaatsanwalt Castello und der kanadische Justizminister Lapointe sind hier eingetroffen, wo sie ihre Regierungen auf der Dreimächtekonferenz vertreten werden.